Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Fraktion Ahrensburg
Uns Huus • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg
Telefon: 04102 - 202 63 22 • info@spd-ahrensburg.de

www.spd-ahrensburg.de

AN/026/2020

E: 23.04.2020

Ahrensburg, 21.04.2020

Antrag zur Erklärung der Bereitschaft zur Aufnahme von minderjährigen geflüchteten aus griechischen Lagern

Die Stadt Ahrensburg teilt den zuständigen Behörden und der Bundesregierung schriftlich die ausdrückliche Bereitschaft mit, unbegleiteten oder kranken, minderjährigen Geflüchteten aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Dies erfolgt zugleich mit der Bitte, sofern es diesen Behörden rechtlich möglich ist, die Stadt Ahrensburg bei der Verteilung des Kontingents bevorzugt zu berücksichtigen. Die Stadt Ahrensburg teilt weiterhin mit, dass sie auf über das nach dem Königssteiner Schlüssel verteilten Kontingents hinaus bereit ist, freiwillig mehr unbegleiteten oder kranken, minderjährigen Geflüchteten aus den griechischen Lagern Aufzunehmen und plädiert dafür endlich die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Begründung:
Trotz der Corona-Krise dürfen die anderen Krisen und Tragödien nicht aus den Augen verloren werden. Derzeit spielen Sich bezogen auf Syrien drei Krisen zeitgleich ab:

1. Die Flüchtlingskrise an der türkisch-syrischen Grenze, verursacht durch einen türkischen Angriffskrieg zusammen mit der andauernden Unterstützung Russlands für das syrische Regieme.
2. Die Flüchtlingskrise an der türkisch-griechischen Grenze verursacht durch eine Instrumentalisierung Notleidender durch die türkische Regierung zusammen mit eine völlig verfehlten Flüchtlingspolitik Europas. Dies betrifft sowohl die Weigerung einiger Staaten Flüchtlingskontingente aufzunehmen, als auch der untragbare Entschluss der griechischen Regierung geltendes Asylrecht einfach auszusetzen.
3. Die Flüchtlingskrise innerhalb Griechenlands. Dies Betrifft die Flüchtlinge, die sich bereits zum Teil seit Jahren in unwürdigen Lagern innerhalb Griechenlands (z. B. auf Lesbos) und somit innerhalb Europas aufhalten. Diese Geflüchteten müssten nach geltendem europäischem Asylrecht behandelt werden. Hier zeigt sich, dass Europa weniger eine Solidar- sondern mehrheitlich eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, denn Griechenlands Bitten um Hilfe (und Aufnahme von Flüchtlingskontingenten nach geltendem Recht) wurden schlicht ignoriert. Dies hat erst zu den drastischen Maßnahmen und unhaltbaren Zuständen vor Ort geführt.
4. Weiterhin versuchen viele Menschen in Ihrer Verzweiflung auf lebensgefährliche Art und Weise das Mittelmeer zu überqueren, um in Europa Schutz zu suchen. Weiterhin verweigern die meisten Staaten denen Schiffen mit aus Seenot Geretteten das Anlegen, sodass diese zum Teil wochenlang umherirren müssen.

Nach dem Beschluss der Bundesregierung ein Kontingent an unbegleiteten oder kranken, minderjährigen Geflüchteten aufzunehmen, ist der erste Schritt in die richtige Richtung getan worden. Leider hat die Stadt Ahrensburg nach geltendem Recht nicht direkt die Möglichkeit sich um Betroffenen von Punkt 3 zu bemühen. Die Verteilung läuft nach dem Königssteiner Schlüssel über das Bundesverwaltungsamt, der Landesstelle weiter über das Jugendamt hin zu den örtlichen Trägern, alles in einem recht engen rechtlichen Korsett.
Dennoch ist es sinnvoll als Stadt gegenüber den zuständigen Stellen die Aufnahmebereitschaft nochmals zu verdeutlichen, in der Hoffnung, dass dies, soweit rechtlich möglich auch

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Fraktion Ahrensburg
Uns Huus • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg
Telefon: 04102 - 202 63 22 • info@spd-ahrensburg.de

www.spd-ahrensburg.de

Berücksichtigung findet. Viele Kommunen haben bereits Ihre Bereitschaft dazu ausgedrückt und appellieren an die Bundesregierung auf freiwilliger Basis unbegleitete oder kranke Minderjährige aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Damit Kommunen eigenständig über die humanitäre Aufnahme von Geflüchteten entscheiden können, muss die Norm geändert werden.

Für die SPD-Fraktion

Markus Kubczigk
(Stellvertretender Fraktionsvorsitzender)